

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Contrescarpe 72 28195 Bremen

Immobilien Bremen AöR
- Abt. Bundesbau -
Herrn Thomas Wilms
Theodor-Heuss-Allee 14
28215 Bremen

Auskunft erteilt
Jana Schulz-Althoff

Dienstgebäude:
Hanseatenhof 5

Zimmer D 108

T +49 421 361 5487

F +49 421 496 5487

E-Mail
jana.schulz-
althoff@umwelt.bremen.de

Mein Zeichen
340-3

Bremen, 14. Februar 2019

Wasserrechtliche Genehmigung Nr. 15/2018 vom 20. September 2018 für den Rückbau von Anlagen am/im Gewässer (Tanklager Farge), zugleich im Überschwemmungsgebiet der Weser gelegen, Unterm Berg in Bremen-Farge

Hier: Rückbau – 2. Bauabschnitt

EDV-Nr.: 929277 (bei Rückfragen bitte angeben)
Aktenzeichen: 634-14-41+30

Sehr geehrter Herr Wilms,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit der obigen wasserrechtlichen Genehmigung wurde Ihnen die Befugnis erteilt,


im Rahmen des 1. Bauabschnitts auf dem zugleich im Überschwemmungsgebiet der Weser gelegenen Grundstück in Bremen-Farge, Unterm Berg, Flurstücke 18/3, 62 und 54/2 die wasserseitigen Anlagen sowie die Anlagen auf dem nordwestlichen Teil des Tanklagers Farge vollständig zurückzubauen.

Die wasserrechtliche Genehmigung Nr. 15/2018 vom 20. September 2018 wird durch diesen wasserrechtlichen


Nachtrag N1

wie folgt ergänzt:

- Seite 1 von 6 -

 Dienstgebäude
Hanseatenhof 5
28195 Bremen
Hochgarage Am Brill

 Eingang
Hanseatenhof 5
28195 Bremen

 Bus/Straßenbahn
Haltestellen
Am Brill und
Am Wall

Bankverbindungen
Bremer Landesbank (BLZ 290 500 00) Kto. 1070115000
Landeszentralbank (BLZ 290 000 00) Kto. 29001565
Sparkasse Bremen (BLZ 290 501 01) Kto. 1090653



Aufgrund Ihres Antrages vom 04. Oktober 2018 wird Ihnen die Befugnis erteilt,

im Rahmen des 2. Bauabschnitts auf dem oben bezeichneten zugleich im Überschwemmungsgebiet der Weser gelegenen Grundstück (Unterm Berg in Bremen-Farge)

- a) die gemäß „Übersichtsplan Rückbau 2. Bauabschnitt“ (Inhalt der Anlage 5 zu dieser Genehmigung) betroffenen Anlagen und Gebäude zurückzubauen sowie
- b) den vorhandenen kontaminierten Boden zu sanieren.

Die unter b) benannte Maßnahme darf nur in der Zeit vom 01. Mai bis 30. September durchgeführt werden.

Zu der Genehmigung wird folgende Unterlage verbindlich hinzugefügt:

e)	Baubeschreibung 2. Bauabschnitt inklusive Anlagen	Anlage 5
----	---	----------

1. Folgende Benutzungsbedingungen werden hinzugefügt:

1.2 Die auf dem Grundstück vorhandenen Verunreinigungen durch Mineralöl-Kohlenwasserstoffe (MKW), aromatische Kohlenwasserstoffe (BTEX) und polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) sowie untergeordnet Methyltertiär-Butylether (MTBE) im Boden und im Grundwasser sind zu sanieren.

1.3 Folgende Sanierungszielwerte werden vorgegeben:

- a) im Boden
 - i. MKW < 300 mg/kg TS
 - ii. BTEX < 10 mg/kg TS
 - iii. Benzol < 0,5 mg/kg TS
 - iv. PAK (EPA) < 10 mg/kg TS
- b) im Grundwasser
 - i. MKW < 100,0 µg/l
 - ii. BTEX < 20,0 µg/l (einschl. Trimethylbenzol)
 - iii. Benzol < 1,0 µg/l
 - iv. PAK (Summe EPA, ohne Naphthalin) < 0,2 µg/l
 - v. Naphthalin < 1,0 µg/l
 - vi. MTBE < 15 µg/l

Eine genaue technische Durchführbarkeit muss sich empirisch im Laufe der Sanierung ergeben. Sollten Werte im Rahmen der begleitenden Untersuchungen wesentlich überschritten werden, wird über die weitere Notwendigkeit und Sinnfälligkeit der Sanierung entschieden.

- c) Das Sanierungsziel kann als erreicht angesehen werden, wenn die genannten Werte auf Dauer unterschritten werden und dies durch Messergebnisse belegt wird.

2. Folgende Auflagen werden hinzugefügt:

- 2.15 Ein Sicherungs- und Räumungskonzept Hochwasser für den 2. Bauabschnitt ist vom Genehmigungsinhaber mit der Wasserbehörde abzustimmen und sodann unverzüglich einzureichen.
- 2.16 Sofern erkennbar Abweichungen von den in den Anlagen zum Bescheid dargestellten Vorgehensweisen erforderlich werden, sind die Wasserbehörde (E-Mail an: wasserwirtschaft@umwelt.bremen.de) sowie der Bremische Deichverband am rechten Weserufer (DVR) unverzüglich zu informieren.
- 2.17 Die Wasserbehörde und der DVR ist zu den regelmäßigen Baubesprechungen während der Arbeiten im unmittelbaren Deichvorland einzuladen.
- 2.18 Die Protokolle der Baubesprechungen sind der Wasserbehörde und dem DVR zeitnah zuzuleiten.
- 2.19 Etwaige Beschädigungen oder Veränderungen des Deichkörpers sind unverzüglich der Wasserbehörde und dem DVR mitzuteilen.
- 2.20 Nach Abschluss der Arbeiten ist der vorhandene Zaun am Deichfuß zurückzubauen.
- 2.21 Die Boden- und Grundwassersanierung ist in Abstimmung mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Referat 24 – Bodenschutz –, durch einen Sachverständigen zu begleiten, der die Anforderungen an die erforderliche Sachkunde, Zuverlässigkeit und Ausstattung im Sinne des § 18 BBodSchG¹ erfüllt (siehe Hinweis Nr. 18).
- 2.22 Die Effektivität und der Fortschritt der Sanierung ist vom Sachverständigen zu überwachen. Das Untersuchungsprogramm ist vom Sachverständigen so zu erweitern, dass der Betrieb der Anlage und der Verlauf der Sanierung ausreichend verfolgt und dokumentiert werden kann. Beim Umfang der Analytik ist zu berücksichtigen, dass durch die mikrobiologischen Prozesse Abbauprodukte entstehen.
- 2.20 Im Zusammenhang mit dem zur Sanierung vorgesehenen Bodenausbau ist eine hydraulische Sicherung zu gewährleisten, um eine laterale Verlagerung des verunreinigten Grundwassers zu verhindern.
- 2.23 Zur Verfüllung der durch die Bodensanierung entstandenen Baugrube ist Bodenmaterial mit der Einbaukonfiguration Z 0 zu verwenden und entsprechend dem anstehenden Bodenaufbau einzubauen. Oberhalb des verfüllten Bodenmaterials ist eine durchwurzelte Bodenschicht entsprechend § 12 BBodSchV² je nach Folgenutzung herzustellen.
- 2.24 Der Nachweis des Sanierungserfolgs (Boden und Grundwasser) und der ordnungsgemäßen Rückverfüllung ist dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Referat 24 – Bodenschutz – spätestens innerhalb von 4 Wochen nach Beendigung der Maßnahme in einem zusammenfassenden Bericht (analog und digital) vorzulegen.
- 2.25 Nach Abschluss der Wiederverfüllung der Baugrube sind für die im Rahmen des Bodenaushubs zurückgebauten Grundwassermessstellen neue Grundwassermessstellen einzurichten (siehe Hinweis Nr. 16).

¹ Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert d. Art. 3 Abs. 3 der Verordnung vom 27. September 2007 (BGBl. I S. 3465).

² Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Art. 102 der VO vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).

3. Auflagenvorbehalt

Die Genehmigungsbehörde behält sich gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 5 BremVwVfG³ die Erteilung weiterer Auflagen vor, insbesondere hinsichtlich etwaiger weiterer Untersuchungen des Bodens und des Grundwassers.

Dieser Nachtrag gilt nur in Verbindung mit der ursprünglichen Genehmigung, die im Übrigen unverändert bleibt.

Kostenentscheidung

Für die Erteilung dieser Genehmigung werden Gebühren in Höhe von 1.000,- € festgesetzt.

Mit der Festsetzung der Gebühr wird der Verwaltungsaufwand für die Erteilung dieses Bescheides abgegolten.

Der genannte Betrag wird mit der Bekanntgabe dieser Festsetzung fällig. Er ist unter Angabe der Rechnungsnummer auf eines der in der Rechnung angegebenen Konten zu überweisen.

Folgende Hinweise werden hinzugefügt:

15. Die Arbeitshilfe des ITVA e. V. „Sicherheit von Anlagen zur Sanierung von Boden-, Bodenluft- und Grundwasserkontamination – Produktsicherheit und CE-Konformität“ von Juni 2017 ist zu beachten.
16. Alle mit mechanischer Kraft angetriebenen Bohrungen sind spätestens 4 Wochen vor Beginn der Bohrarbeiten mit genauen Lageangaben beim Geologischen Dienst für Bremen, Herrn Grützmann (Tel. 0421/218 659 12, E-Mail: j.gruetzmann@gdfb.de) und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Herrn Wunsch (Tel.: 0421/361 5479, E-Mail: jens.wunsch@umwelt.bremen.de) anzuzeigen (formlos).
 - Anzeigepflichtig ist derjenige, der eine solche Bohrung für eigene oder fremde Rechnung ausführt (in der Regel die ausführende Bohrfirma).
 - Die geologischen Befunde der Bohrungen werden archiviert und in anonymisierter Form zu einem geowissenschaftlichen Informationssystem zusammengeführt, wobei der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sichergestellt ist.
17. Der Bremische Deichverband am rechten Weserufer hat im Rahmen seiner Stellungnahme eine Beweissicherung gefordert, die die Deichquerschnitte und die Höhenlagen abbilden. Hiermit wird darauf hingewiesen, dass derartige Regelungen innerhalb der ebenfalls erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis für die Grundwasserabsenkung zu treffen wären.
18. Als Sachverständiger für die Boden- und Grundwassersanierung ist das Büro HPC AG, Wilhelm-Herbst-Str. 5, 28359 Bremen, benannt worden.

³ Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BremVwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2003 (Brem.GBl. S. 219), zuletzt geändert durch Art. 2 1 ÄndG vom 27. Januar 2015 (Brem.GBl. S. 15).

Begründung

Mit Schreiben vom 04. Oktober 2018 hat die Immobilien Bremen AöR – Abt. Bundesbau – beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr einen Antrag auf Erteilung eines Nachtrags zur wasserrechtlichen Genehmigung Nr. 15/2018 vom 20. September 2018 für den 2. Bauabschnitt des Rückbaus des Tanklagers im Überschwemmungsgebiet der Weser, Unterm Berg in Bremen-Farge, beantragt.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist gemäß § 92 Abs. 1 Nr. 1 BremWG⁴ in Verbindung mit § 93 Abs. 1 BremWG als Wasserbehörde sachlich und örtlich zuständig.

1. Genehmigung für Maßnahmen im Überschwemmungsgebiet

Rechtsgrundlage für die erteilte Genehmigung sind die Regelungen des § 78 a WHG⁵ in Verbindung mit der HwGebV⁶.

Nach § 76 Abs. 1 WHG sind Überschwemmungsgebiete Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern und sonstige Gebiete, die bei Hochwasser eines oberirdischen Gewässers überschwemmt oder durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden. Sie werden auf Grundlage des § 76 Abs. 2 WHG durch Rechtsverordnung festgesetzt.

Das beantragte Vorhaben liegt im Bereich des mit § 2 HwGebV festgesetzten Überschwemmungsgebietes.

Gemäß § 78 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und 5 WHG ist in festgesetzten Überschwemmungsgebieten (entsprechend § 2 HwGebV) das Ablagern und das nicht nur kurzfristige Lagern von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern oder die fortgeschwemmt werden können sowie das Erhöhen oder Vertiefen der Erdoberfläche untersagt.

Nach § 78 a Abs. 2 WHG in Verbindung mit § 4 HwGebV kann die zuständige Behörde im Einzelfall Maßnahmen nach Abs. 1 Satz 1 zulassen, wenn

- Belange des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen,
- der Hochwasserabfluss und die Hochwasserrückhaltung nicht wesentlich beeinträchtigt werden und
- eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erheblich Sachschäden nicht zu befürchten sind

oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. Die Zulassung kann, auch nachträglich, mit Nebenbestimmungen versehen oder widerrufen werden.

Aufgrund der Kontamination des Bodens und des Grundwassers, die von dem Grundstück durch MKW, BTEX und PAK sowie untergeordnet MTBE ausgeht, ist ebenfalls eine Bodensanierung des im Überschwemmungsgebiet gelegenen Grundstücks angezeigt. Die diesbezüglichen Auflagen und Hinweise sind im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ebenfalls in diesen Bescheid mit aufgenommen.

⁴ Bremisches Wassergesetz (BremWG) vom 12. April 2011 (Brem.GBl. S. 262), zuletzt Inhaltsübersicht, §§ 59, 60 und 64 geändert, § 106 neu gefasst durch G vom 18. Dezember 2018 (BremGBl. S. 644).

⁵ Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist.

⁶ Verordnung über die hochwassergefährdeten Gebiete im tidebeeinflussten Einzugsgebiet der Weser, der Lesum und der Ochtum in der Stadtgemeinde Bremen (HwGebV) Vom 21. November 2013 (Brem.GBl. Nr. 87 vom 26.11.2013 S. 574).

Die Erteilung einer Genehmigung ist gemäß §§ 4, 13, 14 und 15 BremGebBeitrG⁷ in Verbindung mit § 1 UmwKostV Tarifiziffer Nr. 30.29 kostenpflichtig. Die Kosten hat gemäß § 13 Abs. 1 BremGebBeitrG der Antragsteller zu tragen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Ein Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Ansgaritorstraße 2, 28195 Bremen, zu erheben.

Im Auftrag


Schulz-Althoff

⁷ Bremisches Gebühren- und Beitragsgesetz (BremGebBeitrG) vom 30. Juli 1979 (Brem.GBl. S.279—203-b-1), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 26. September 2017 (Brem.GBl. S. 394).